

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Joana Cotar, Dr. Michael Ependiller, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Stand der Umsetzung der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung „Digitalisierung gestalten“ – Förderung der Digitalwirtschaft in Entwicklungsländern

Im August 2014 veröffentlichte die Bundesregierung das Strategiepapier „Digitale Agenda 2014 – 2017“ (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/digitale-agenda.pdf?__blob=publicationFile&v=3), das federführend vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur verantwortet wurde. Die Veröffentlichung einer Digitalstrategie für Deutschland erfolgte damit vier Jahre später als die Verabschiedung der „Digital Agenda for Europe“ der EU-Kommission im Jahr 2010 (<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0245:FIN:DE:PDF>) und nach Auffassung der Fragesteller mindestens zehn Jahre zu spät für eine richtungsweisende Digitalpolitik zum Wohl unserer Gesellschaft, der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

In Fachmedien wurde an der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ kritisiert, sie sei lediglich eine Bestandsaufnahme der Problemlagen und Möglichkeiten und enthalte nur wenige konkrete Lösungsvorschläge (www.golem.de/news/digitale-agenda-ein-papier-das-alle-enttaeuscht-1408-108715.html). Die Umsetzung der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ nach dem ersten Jahr war „ernüchternd“ (www.zeit.de/digital/internet/2015-08/digitale-agenda-bundesregierung-breitband-wlan). Die Gesamtbilanz wurde von öffentlich-rechtlichen Medien als „durchwachsen“ bewertet (www.zdf.de/nachrichten/heute/braun-kuendigt-neue-digitale-agenda-an-100.html).

Im Jahr 2009 hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bereits versprochen, dass 75 Prozent der deutschen Haushalte bis 2014 Internetanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von 50 Mbit pro Sekunde bekommen – ein Versprechen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, das nicht gehalten wurde (www.sueddeutsche.de/politik/netzpolitik-von-union-und-spd-stunde-der-nerds-1.1802641).

Im Jahr 2014 versprach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung nun sogar, dass alle deutschen Haushalte bis 2018 Internetanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von 50 Mbit pro Sekunde bekommen – ein weiteres Versprechen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, das nicht gehalten wurde (www.pcwelt.de/news/Bundesregierung-bricht-Versprechen-bei-Breitbandausbau-10612139.html).

Im Juni 2013 hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel noch bekundet, das Internet sei „für uns alle Neuland“ (www.tagesspiegel.de/politik/die-kanzlerin-und-das-internet-merkels-neuland-wird-zur-lachnummer-im-netz/8375974.html).

Im Rahmen der im November 2018 verabschiedeten Digitalstrategie der Bundesregierung wurde ein Maßnahmenpaket entwickelt und in einer Umsetzungsstrategie zusammengefasst (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1552758/40d8b01b0dfdcf854e1d58afb85021a7/pdf-umsetzungsstrategie-digitalisierung-data.pdf?download=1). Darin werden einzelne Vorhaben und die jeweils verantwortlichen Ressorts benannt, jedoch sind nur teilweise konkrete Zeitpläne für Beginn und Zielerreichung angegeben. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Zielerreichung werden ebenso wenig genannt wie eine Priorisierung von Vorhaben.

Zu der Maßnahme „Förderung der Digitalwirtschaft in Entwicklungsländern“ wurden in der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung „Digitalisierung gestalten“ (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1552758/40d8b01b0dfdcf854e1d58afb85021a7/pdf-umsetzungsstrategie-digitalisierung-data.pdf?download=1) folgende Umsetzungsschritte angekündigt (ebd., S. 124):

- Unterstützung der „eTrade for All“-Initiative der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) und deren sogenannte eReadiness-Assessments, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika;
- Etablierung eines Zertifizierungssystems für faire Arbeit in der digitalen Plattformökonomie über das Oxford Internet Institute (OII) und die „Fairwork Foundation“;
- Umsetzung von Kooperationen mit Unternehmen der deutschen und europäischen Privatwirtschaft, unter anderem durch die „Strategische Partnerschaft digitales Afrika“, das Programm „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (EPW)“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie die „EU-D4D-Koalition“, eine Allianz der europäischen Digitalwirtschaft zu Themen wie Smart Cities und Connectivity;
- Vereinfachung von Zollverfahren durch Digitalisierung in zwölf Ländern über die „Globale und Nationale Allianz für Handelserleichterungen“;
- Aus- und Weiterbildung von kleinen und mittleren Unternehmen – vor allem die von Frauen geführten – auf dem Gebiet des Onlinehandels;
- im Rahmen der Sonderinitiative „Ausbildung und Beschäftigung“ werden beschäftigungswirksame Partnerschaften mit verschiedenen Unternehmen aus dem IT-Sektor in afrikanischen Partnerländern aufgebaut.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wurden bereits die „eTrade for All“-Initiative der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) und deren sogenannte eReadiness-Assessments unterstützt?
2. Wurde bereits ein Zertifizierungssystem für faire Arbeit in der digitalen Plattformökonomie etabliert?
3. Wurden bereits Kooperationen mit Unternehmen der deutschen und europäischen Privatwirtschaft durch die „Strategische Partnerschaft digitales Afrika“ umgesetzt?

4. Wurden bereits Kooperationen mit Unternehmen der deutschen und europäischen Privatwirtschaft durch das Programm „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (EPW)“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umgesetzt?
5. Wurden bereits Kooperationen mit Unternehmen der deutschen und europäischen Privatwirtschaft durch die „EU-D4D-Koalition“ umgesetzt?
6. Erfolgte bereits die Vereinfachung von Zollverfahren durch Digitalisierung in zwölf Ländern über die „Globale und Nationale Allianz für Handels erleichterungen“?
7. Erfolgte bereits die Aus- und Weiterbildung von kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Gebiet des Onlinehandels?
8. Wurden im Rahmen der Sonderinitiative „Ausbildung und Beschäftigung“ bereits beschäftigungswirksame Partnerschaften mit verschiedenen Unternehmen aus dem IT-Sektor in afrikanischen Partnerländern aufgebaut?

Berlin, den 11. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

